

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 260

22. Mai 2002

8. Jahrgang

## Durchgangsstation Kokain - Von grossen und kleinen Fischen des Drogenhandels in Guatemala

*Der Drogenhandel ist neben dem Waffenhandel eines der dreckigsten Geschäfte, die weltweit getätigt werden. In Guatemala, das an der Drogen-Handelsstecke vom Süden in den Norden liegt, und wo selbst höchste Regierungsbeamte in Korruptionsgeschichten verwickelt sind, ist es unmöglich, dieses Phänomen in den Griff zu bekommen. Und wie in fast allen lateinamerikanischen Ländern beteiligen sich auch in Guatemala die Vereinigten Staaten an der 'Bekämpfung' des Drogenhandels. Der folgende Text ist eine gekürzte Fassung einer Reportage, die uns der Journalist Andreas Bouecke freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.*

### Die Behörden

In Guatemala-Stadt werden jeden Freitagmorgen Drogen verbrannt. Auf dem weitläufigen Gelände der Polizei im Norden der guatemaltekischen Hauptstadt werden die Beweisstücke verschiedener Drogenfälle mit Benzin übergossen und angezündet. Wenige Meter von der Feuerstelle entfernt steht ein Fuhrpark konfiszierter Lastwagen, in deren Containern Drogen gefunden wurden. Einige der Fahrzeuge sind zu Lagerräumen umfunktioniert worden.

Der Lagerwart öffnet die sechs Schlösser an der Tür eines der rostigen Containers. Der Blick wird frei auf ein Chaos aus getrockneten Marihuanablättern, Mohnblumen und zahlreichen Kokainpaketen. Es riecht wie in einer alten Scheune. Auf den Strassen der USA oder Europas wäre die Fracht des maroden Containers soviel wert wie ein modernes Hochhaus.

Heute sollen fünf Fälle behandelt werden. Der Richter, zwei Staatsanwälte und mehrere Strafverteidiger beobachten, wie der Lagerwart die jeweiligen Beweisstücke hervorkramt: eine Plastiktüte mit etwa 50 Gramm Crack, zwei Büschel Marihuanablätter, mehrere Mohnpflanzen und ein weisses Paket, das angeblich Kokain enthält.

Eine Biochemikerin untersucht, um welche Substanzen es sich bei den Beweisstücken handelt. Als erstes nimmt sie die kleinen Klümpchen aus der Plastiktüte. Sie stellt fest, dass es sich wirklich um die auf Kokain basierende Droge Crack handelt. Der zuständige Strafverteidiger wird bei der Gerichtsverhandlung auf Drogenbesitz und Konsum plädieren, in der Hoffnung, dass seiner Klientin eine Strafe für Drogenhandel erspart bleibt. Das Strafmass für Drogenbesitz liegt in Guatemala bei vier Monaten bis zwei Jahren Gefängnis.

Für die beiden Männer, in deren Auto das Paket mit dem weissen Pulver gefunden wurde, steht mehr auf dem Spiel. Bei einer solchen Menge geht der Staatsanwalt davon aus, dass es sich um Drogen für den Verkauf handelt.

Das kann den Angeklagten zwölf bis zwanzig Jahre Gefängnis einbringen.

### Die Verteidiger

Verteidigern von Drogenhändlern wird nachgesagt, ihnen sei jedes Mittel recht, um ihre Klienten freizubekommen. Der Anwalt Jaime Hernández war ein solcher Verteidiger. Doch seit er vor drei Jahren zahlreiche Morddrohungen erhalten hat, übernimmt er keine Drogenfälle mehr: „Das ist ein gewalttätiges Milieu. Ein solcher Fall kann dir nächtelang den Schlaf rauben. Vor allem dann, wenn es sich bei den Angeklagten um grosse Fische handelt. Das sind meist arrogante, anspruchsvolle Typen. Auf der einen Seite machen sie dir grosszügige Geschenke, damit du dich ausschliesslich um ihren Fall kümmerst. Aber wenn du ihnen schlechte Nachrichten mitteilen musst, werden sie wütend. Sie wollen raus, egal was es kostet.“

### Die Drogenmafia

Guatemala gilt als Durchgangsstation für Kokain aus Kolumbien, das nach Nordamerika und Europa transportiert wird. Dafür bietet die Geografie des mittelamerikanischen Landes günstige Möglichkeiten. In dem grossen Urwaldgebiet im Norden existieren zahlreiche Landdepisten, die von Kleinflugzeugen aus Kolumbien erreicht werden können. Von dort aus kann das Kokain im Norden über die Grenze zu Mexiko oder im Westen und Osten über die Pazifik- und Atlantikküste aus dem Land gebracht werden.

Während der vergangenen fünf Jahre hat die guatemaltekische Drogenpolizei jeweils vier bis zwölf Tonnen Drogen sichergestellt. Die US-Botschaft schätzt jedoch, dass jährlich über zweihundert Tonnen unbemerkt durch das Land geschleust werden. Die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels ist für die Aussenpo-

litik der USA schon seit langem eine Priorität.

Seit dem 11. September aber hat ihre Bedeutung noch zugenommen. Drogen gelten als wichtige Finanzierungsmittel von Terrororganisationen. Der Preis für ein Kilo Kokain liegt in Guatemala bei etwa 6000 US-Dollar. In den USA würde dasselbe Kilo rund 20.000 Dollar kosten, in Europa etwa 30.000 Dollar.

### Die USA

Die US-Botschaft in Guatemala-Stadt breitet sich über einen ganzen Strassenblock aus. Ihre Eingänge sind gesichert wie eine Festung. Auf dem Bürgersteig vor dem Hauptgebäude bildet sich jeden Morgen eine Warteschlange von Guatemaltekinnen, die auf ein Einreisevisum in die USA hoffen. In einem anderen Gebäude ist die Antidrogenabteilung DEA untergebracht. Deren Chef, Perry Holloway, arbeitet seit zehn Jahren in Lateinamerika: „Die Korruption ist unbeschreiblich. In einem armen Land wie Guatemala ist es nicht schwierig, Leute zu kaufen, besonders dann nicht, wenn du viel Geld hast. Und Drogenhändler haben sehr viel Geld. Eines der grössten Probleme im Kampf gegen die Drogenmafia ist, dass sie mehr Geld hat als die Polizei, mehr Leute und eine bessere Ausrüstung.“

### Die Korruption

Wenn in Guatemala ein Polizeifunktionär wegen Korruptionsvorwürfen entlassen wird, nehmen die Verbindungsleute der kolumbianischen Kartelle schnell Kontakt zu seinem Nachfolger auf. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre standen fünf verschiedene Kommissare an der Spitze der Drogenpolizei. Alle Vorgänger des gegenwärtigen Chefs wurden wegen Korruptionsvorwürfen entlassen. Auch er gibt sich keine grosse Mühe, zumindest den Eindruck der Unbestechlichkeit zu erwecken: „Ich hoffe, es wird nie zu einer solchen Situation kommen. Aber ich werde auch nicht behaupten, dass ich gegenüber einem attraktiven Angebot unverwundbar wäre.“

Auch innerhalb der guatemalteki-schen Staatsanwaltschaft gilt der für Drogendelikte zuständige Bereich als der korrupteste. Ein ehemaliger Staatsanwalt hat auf Grund dieser Umstände gekündigt. Er wollte so nicht weiterarbeiten: „Sie bieten dir nicht einfach eine bestimmte Summe an, sondern dir wird mitgeteilt, was du zu tun oder zu lassen hast,

und dann wirst Du gefragt, wieviel Geld du dafür haben willst. Ich kenne zahlreiche Staatsanwälte, die auf diese Weise reich geworden sind.“

Die Regierung erwartet, dass die Staatsanwaltschaft Statistiken mit vielen Verurteilungen liefert. Weil es jedoch bei den grossen Fällen oft nicht einmal zu einer Anklage kommt, werden die kleinen Dealer besonders hart bestraft. Der ehemalige Staatsanwalt meint: „In dem derzeitigen System ist es weniger gefährlich, sich auf die Korruption einzulassen, als seine Arbeit ordentlich zu machen. Wenn du nicht mitmachst, erhältst du ständig Drohungen.“

### Die grossen Fische

Die Drogenmafia in Guatemala pflegt seit Jahren gute Kontakte zu den höchsten Ebenen der Regierung und der Armee. Das kann Oberst Carlos Ochoa bestätigen. Er ist der ranghöchste Militär, der je wegen Drogenhandels verurteilt wurde: „Regierungsfunktionäre, die zum Beispiel für Transport oder Grenzschutz zuständig sind, werden über kurz oder lang von Drogenhändlern angesprochen. Sie bieten Bestechungsgelder an und wenn das nicht klappt, drohen sie mit Gewalt.“

Hätte die Botschaft der USA nicht starken, politischen Druck ausgeübt, wäre es wohl nie zu der Festnahme von Oberst Carlos Ochoa gekommen. Auf die Mitarbeiter der US-Antidrogeneinheit DEA ist er nicht besonders gut zu sprechen: „Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die schlimmsten Drogenhändler in Guatemala die Agenten der DEA selbst sind.“

Diesen Vorwurf hört man in Guatemala oft. Auch die Drogensheriffs aus dem Norden gelten als korrupt.

Der Oberst lebt zwar hinter Gefängnismauern, über seine Haftbedingungen aber kann er sich nicht beklagen. Er wohnt in einem Häuschen mit TV-Kabelanschluss, einem Koch, Computer und ständigem Kontakt zu Freunden. Er empfängt häufig Besuch. Der Innenminister war auch schon da. Während der sonnengebräunte Militär über das Drogengeschäft erzählt, löffelt er genüsslich ein Erdbeereis und bietet seinen Gästen importierten Whiskey an. „In den meisten Fällen brauchen die Drogenhändler keinen grossen Druck auszuüben. Viele Richter und Staatsanwälte sehen ihre Zukunft darin, einmal einen Drogenfall zu behandeln und dabei ein paar hunderttausend Dollar gesteckt zu be-

kommen.“

### Die kleinen Fische

Ganz andere Erfahrungen machen die kleinen Dienstboten des internationalen Drogengeschäfts, diejenigen Personen, die für ein paar tausend Dollar ihr Leben riskieren, indem sie z.B. Kondome voller Heroin schlucken. Der Kolumbianer Andrés war einer dieser sogenannten *mulas*, Maultiere. „Mein Leben in Kolumbien war schlecht. Wir sind arm. Als mir jemand eine Reise in die USA angeboten hat, habe ich hundert Beutel geschluckt und bin in ein Flugzeug gestiegen. Hier in Guatemala brauchte ich eigentlich nur umzusteigen, aber ich wurde auf dem Flughafen abgefangen und in ein Krankenhaus gebracht. Auf dem Röntgenbild waren die Beutel deutlich zu erkennen. Seitdem bin ich im Gefängnis.“

Es kommt häufig vor, dass die Hintermänner in Kolumbien einzelne ihrer eigenen Drogenkuriere verraten. So ist die Polizei in Guatemala mit einer Festnahme beschäftigt, während andere Kuriere unbehelligt umsteigen können. Für das lebensgefährliche Transportieren von einem Kilo Heroin in seinem Magen bekam der fünfundzwanzigjährige Andrés dieselbe Höchststrafe von zwanzig Jahren, die auch ein überführter Drogenboss bekommen würde, der den Transport von mehreren Tonnen Kokain kontrolliert. In der Realität aber werden diese Bosse so gut wie nie verhaftet.

Eine Richterin, die regelmässig über Drogendelikte zu urteilen hat, kann das bestätigen: „In Guatemala ist noch keiner der wirklich einflussreichen Drogenhändler gefallen. Die Polizei weiß oft genau, wer diese Leute sind. Aber sie werden nicht gestört.“ Wer sich hingegen aus Not und Armut auf den Schmuggel von relativ kleinen Mengen Drogen einlässt und dabei geschnappt wird, der lernt die scheusslichste Seite des guatemalteki-schen Justizsystems kennen. Besonders berüchtigt ist das Gefängnis in der Zone 18 der Hauptstadt. „Hier werden wir wie Tiere behandelt,“ meint der guatemalteki-sche Häftling Edgar Estrada. „Die Leute in dem Hochsicherheitssektor 11 können sich untereinander nicht sehen. Sie können nur durch Wände hindurch kommunizieren. Sie werden verrückt gemacht.“

### Die Conexión Alemana

Während der vergangenen Jahre

hat in Guatemala kein anderer Drogenfall so viel Aufmerksamkeit bekommen wie die sogenannte *conexión alemana*, die deutsche Verbindung. Zwar war die in einem Schiffscontainer der Schweizer Firma Nestlé sichergestellte Menge von 13 Kilo Kokain vergleichsweise gering, doch die Festnahme des damaligen Nestlé-Direktors in Guatemala, Andreas Hänggi, hat den Fall zu einem Medienereignis gemacht. Dessen Sohn, Nicolas Hänggi, ist bis heute einer der bekanntesten Häftlinge in Guatemala.

Der Hauptverantwortliche der

*conexión alemana*, der Deutsche Hartmut Zersch, wurde in Hamburg festgenommen. Er konnte seine dreieinhalb Jahre Haft in Deutschland absitzen, während Nicolas noch immer auf einer Betonplatte im Sektor 1 schlafen muß. „Dein grösster Feind ist die Depression,“ meint Nicolas. „Manchmal bekommst du Angst, dass du hier sterben wirst, nie rauskommst, nie wieder Bäume, Vögel oder den Himmel siehst.“

Auch Silvio Giovanoli, der zweite Schweizer, der noch immer wegen Beteiligung an der *conexión alemana* einsitzt, hat mehr Angst vor

Depressionen als vor seinen Mithäftlingen: „Du lebst mit allen zusammen, auch mit Massenmördern. Der eine putzt für dich, der andere kocht, wieder einer gibt dir ‘ne Zeitung. Das ist ganz normal.“

Giovanoli betreibt in seinem Trakt einen kleinen Getränkehandel. Während des Interviews lädt er den dabeistehenden Wärter zu einer kalten Cola ein. „So kann man viel erreichen. Um ab und zu aus dem Sektor rauskommen zu können, musst du die Wärter auf deiner Seite haben. Wenn du sie ein paar mal einlädst, sind sie sehr hilfsbereit.“

Das *Departement für Anti-Drogen-Operationen* (DOAN), eine Spezialeinheit der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC), hat die Aufgabe, die Narco-Aktivitäten (Plantagen, Produktion, Handel, Verkauf und Konsum von Drogen) sowie alle damit verbundenen Delikte umfassend zu bekämpfen. Im Vergleich zu anderen Abteilungen der PNC ist die DOAN relativ gut bestückt und seine 400 Angestellten sind besser entlohnt als andere PolizistInnen. Dies verdankt man der finanziellen, logistischen und ausbildungstechnischen Unterstützung der USA, die Guatemala als ein wichtiges Durchgangsland für Drogen erkannt haben. Die MitarbeiterInnen der DOAN sind PolizistInnen, die nach einem dreimonatigen Umschulungskurs und einer 9-tägigen praktischen Einführung in ihre neue Aufgabe, zu ‚SpezialistInnen‘ erklärt werden. Diese Spezialausbildung wird allgemein als zu oberflächlich und nicht dem neuen Leitbild der PNC entsprechend eingestuft: Unkenntnis der Menschenrechte und Korruptionsanfälligkeit der BeamtInnen ist ein weit verbreitetes Übel innerhalb der DOAN und eines der grössten Hindernisse im Kampf gegen den Drogenhandel.

Im Rahmen des 1998 angelaufenen *Plan Maya Jaguar* wurden insgesamt sieben Anti-Drogen-Operationen durchgeführt, die letzte im Juli 2001. Diese Operationen wurden unter vollständiger Leitung des US-amerikanischen Militärs durchgeführt, das auch seine Helikopter und Meeresflotte zur Verfügung stellte.

Seit bald einem Jahr hat die US-amerikanische Botschaft in Guatemala sämtliche Unterstützung an die DOAN eingestellt. Gründe: Verwicklung der Anti-Drogen-SpezialistInnen in Drogengeschäfte und Korruption. Die Helikopter wurden abgezogen und eine Fahrzeugflotte, die im Januar hätte überreicht werden sollen, wurde nach El Salvador weitergeleitet. Dort richten die USA ein neues Operationszentrum ein, um den Drogenhandel Richtung Norden einzudämmen.

## Geld gegen Pressefreiheit

**Guatemala, 13.Mai.** Erst Anfang des Monats, anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit wurde sowohl von nationalen, als auch internationalen Organisationen und VertreterInnen der Zivilbevölkerung das frostige Klima für JournalistInnen in Guatemala angeprangert. Sowohl RegierungsvertreterInnen als auch Personen aus der Wirtschaft nutzten immer wieder ihre "Macht", indem sie die Informationsweitergabe verbieten und die Arbeit der JournalistInnen behindern würden. Repression, Verfolgung und Drohungen gehören also auch zum Arbeitsalltag dieser Berufsgruppe und ihrer Familien, deren Aufgabe es ist, die Bevölkerung darüber zu informieren, was im Land passiert.

Diese Absicht verfolgte auch ein Journalist des zweiwöchentlich erscheinenden Magazins "El Quetzalteco" mit dem Interview eines Mannes, der vor dem Innenministerium Anzeige gegen Pedro Joel Martínez, dem zweiten Grundbuchführer der Stadt Quetzaltenango, wegen Problemen bzgl. Grundstücksgrenzen erstattet hatte. Zu diesen "Problemen" zählen Morddrohungen sowie verbale und physische Aggressionen durch den Funktionär: Dank seines Postens bei der Stadt könne er ihm, dem Bürger, auch ganz einfach das Grundstück wegnehmen!

Schliesslich versuchte der angeklagte Martínez, die verantwortlichen JournalistInnen und RedaktionsleiterInnen des "Quetzaltecos" zu überre-

den, den betreffenden Bericht nicht zu veröffentlichen. Als dies jedoch nicht fruchtete und das Magazin am 7. Mai vollständig erschien, kaufte Martínez - wohl schon zum zweiten Mal in Folge - kurzerhand 90% der Exemplare des "Quetzaltecos" auf. Indem er laut eines Agenten des örtlichen Zeitungsverteilers mehrere Leute, die angeblich alle aus Momostenango kamen, aussandte, sich mit der aktuellen Ausgabe des Blattes einzudecken, setzte der Funktionär also doch seinen Willen durch.

Diverse guatemalteckische Pressevereinigungen werten diese Beschlagnehmung als Attentat auf die Pressefreiheit und solidarisierten sich in einer Pressemitteilung mit den betroffenen Angestellten des "Quetzaltecos".

## Erdöl - noch ein Drecksgeschäft

**Guatemala, 15. Mai.** Im August 2001 haben Präsident Portillo, sein Vertreter Reyes Lopez, sowie die Staatsminister eine Regierungsvereinbarung unterschrieben, mit der das erste nationale Unternehmen dazu autorisiert wurde, sich der Exploration und der Förderung von Erdöl und -gas zu widmen. Diese Aktivitäten sollen in der Region Izabal auf 127 830 ha stattfinden, von denen 60 % die Wasserfläche des dortigen Sees betreffen. Für US\$ 31'957.69 pro Jahr - das sind 0,25 Cents (US\$) pro ha - darf sich die *Compañía Petrolera del Atlántico S.A. (CPA)* in das Abenteuer stürzen. Ein solches wird es für diese Gesellschaft sicher sein, die sich erst 1997, wenige Monate vor Projektausschreibung gegründet hat und keinerlei Erfahrungen im Ölgeschäft vorweisen kann. Es bestehen wohl berechtigte Zweifel hinsichtlich des verwendeten "Verfahrens" der Ausschreibung und Vertragsschließung. Fachleute des Regierungsressorts für Energie und Bergbau versicherten, dass besagtes Unternehmen als einziges im Wettbewerb der Ausschreibung teilgenommen hätte. Von internationaler Seite wird angemerkt, dass die im Vertrag vermerkte Klausel, die dem Unternehmen völlige Freiheit bezüglich des Nutzens, Verkaufs, der Verfügung, Vermarktung und des Exports zugesteht,

seltener "Vorteil" sei. Die CPA kann also die geförderten Ressourcen nach eigenem Gutdünken verarbeiten, als "natürliches" Gas, Schwefel oder andere Substanz "verbraten" und schliesslich auch die Rechte desselben abtreten; der Lizenznehmer übernimmt dabei dann alle entsprechenden Auflagen. Und ein solches Millionengeschäft mit ausländischen Firmen wird sich die CPA sicher nicht entgehen lassen.

Zwar verwundert es inzwischen nicht mehr, dass Portillo mit seiner Unterschrift ein weiteres seiner Wahlversprechen gebrochen hat - das nämlich zugunsten der Umwelt. Doch hat er wohl nicht bedacht, dass sein Handeln auch gegen Artikel 6 und 7 des Abkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verstösst. Nach diesem haben die indigenen Völker das Recht dazu, selbst über ihre eigenen Prioritäten hinsichtlich des jeweiligen Entwicklungsprozesses zu entscheiden, was grundsätzlich ihr Leben, ihren Glauben sowie ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt betrifft. Dieser Abschnitt wurde 1996 im Rahmen der Friedensverträge mitunterschrieben.

UmweltschützerInnen und zivile Gruppen u.a. aus El Estor und Izabal sammeln derzeit Unterschriften gegen den Vertrag, was auch von der Gemein-

deverwaltung von El Estor unterstützt wird. Daneben bitten andere Umweltschutzorganisationen wie das "Kollektiv Mutter Erde" den Präsidenten Guatemalas, seinem Amtskollegen in Costa Rica "nachzueifern", der ehrenhaft sein Versprechen einhält, sein Land von jeglichen Erdölaktivitäten freizuhalten.

Unterstützung finden die NaturschützerInnen bei dem transnationalen Unternehmen Shell, das bereits 1990 eine Studie in Bezug auf die Umweltbelastung durch Erdöl durchführte. Wenn nicht die notwendigen Massnahmen in den Gebieten der Erdöloperationen in Izabal ergriffen würden, würde das Ökosystem Schaden nehmen und sich verändern, die dort lebenden Tiere würden sich zurückziehen. Auch die marine Population würde aussterben, Pflanzungen und Züchtungen eingehen; die seismischen Erschütterungen würden archäologische Stätten zerstören. Von gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung allein durch Luft- und Wasserverschmutzung ganz zu schweigen. Zudem würden die Erdölkaktivitäten negativen Einfluss auf mögliche Investoren in der Gegend haben; in diesem Fall wäre der für diese Gegend wichtige Tourismus besonders betroffen. Das tollste Hotel an einem schwarzen, stinkenden Ölsee zieht wohl nicht viele Urlaubsgäste an.

## Staatliche Förderung des Alkoholkonsums

**Guatemala, 13. Mai.** Männerfreundschaften sollte man ernst nehmen - vor allem, wenn es sich dabei um die vermeintlichen Beziehungen des Präsidenten handelt. Doch das hatte der Chef des 34. Kommissariates im Departement Retalhuleu wohl nicht bedacht, als er in Begleitung einiger Kollegen an einem lauen Samstagabend dem Betreiber der Discothek *Flamingo* die Geschäftslizenz entzog, da in diesem Etablissement zur gesetzlich verbotenen Stunde Alkohol verkauft wurde. Der Inspektor folgte den Anweisungen des entsprechenden Vorgehens und reichte die Unterlagen bei der Superintendanz des Finanzamtes ein, so dass bei erwiesener Sachlage der Discobesitzer 50 000 Quetzales an Strafe bezahlen sollte. Doch es kam anders: Nach einem kurzen Anruf des Direktors der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) durfte der Inspektor den Fall unter den Tisch kehren und wurde auf einen anderen Dienstposten versetzt.

Damit solche Peinlichkeiten in Zukunft nicht mehr geschehen, hat Präsident Portillo kurzerhand das Regierungs-

dekret 148-2002 erlassen. Damit lockert er das "trockene Gesetz", das den Alkoholkonsum zu gewissen Zeiten, z.B. in den frühen Morgenstunden oder am Tag von Wahlen, verbietet. Dieses Gesetz wurde während der Regierungszeit von Jorge Serrano Elías unter moralischen Aspekten eingeführt, und von Alvaro Arzú 1996 modifiziert, der es als effizientes Instrument zur Bekämpfung der Kriminalität verstand und sich auf die positiven Resultate bezog, die Bürgermeister Giuliani in New York und Bürgermeister Mockus in Bogotá mit ähnlichen Gesetzen erreichten.

Portillos Gesetzesänderung erlaubt nun den Alkoholausschank bis drei Uhr in der Früh, zwei Stunden länger als bisher. Begründet wird diese 'Anfeuchtung' des "trockenen Gesetzes" volkswirtschaftlich: Stärkung des Tourismussektors und Umsatzsteigerung für Hotels, Bars und Nachtclubs.

GegnerInnen der Gesetzeslockerung befürchten hingegen eine Zunahme der Gewalt, der Verkehrsunfälle und der Armut.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Neubesetzung wichtiger Regierungsposten

**Guatemala, 14. Mai.** Für letzte Woche stand die Ernennung vier wichtiger StaatsfunktionärInnen an: Die Nachfolge des Generalstaatsanwaltes Adolfo González Rodas, des Menschenrechtsombudsmanns Julio Arango Escobar, des Nationalen Generalprokuristen Carlos García Regas und des Leitenden Rechnungsprüfers Marco Tulio Abadío. Im Vorfeld dieser Ernennungen riefen VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu transparenten Auswahlverfahren auf und präsentierten ihre eigenen KandidatInnen für die einzelnen Posten.

Das Verfahren läuft normalerweise so, dass entsprechende Kommissionen jeweils eine Vorauswahl unter den sich Bewerbenden trifft, und der Kongress bzw. der Präsident unter diesen KandidatInnen auswählt. Dieses Vorgehen hat den Nachteil, dass es schliesslich der FRG-Mehrheit im Kongress oder dem Präsidenten selbst vorbehalten ist, die Person auszuwählen, die am besten ins Regierungsprogramm passt, was meistens Angehörige oder Nahestehende der eigenen Partei sind. Befindet sich unter den KandidatInnen nicht eh eine solche Person, beginnen Machenschaften, die alles andere als transparent sind:

Am 8. Mai verkündete die FRG im Kongress überraschend die Verschiebung der auf diesen Tag angesetzten Ernennung der neuen Menschenrechtsombudsperson.

Zur Wahl standen die Favoritenkandidatin der FRG, Marlys Barrientos, der Kandidat der URNG, der PAN und der Menschenrechtsorganisationen,

Sergio Morales (zur Zeit Direktor des Instituts für Menschenrechte der Universität San Carlos), sowie Rodolfo Pérez Lara. Der Sprecher der FRG im Kongress begründete die Verschiebung der Wahl damit, dass es wichtig sei, die wirklich am besten geeignete Person zu finden und dass man nichts überstürzen wolle. Tatsache ist aber vielmehr, dass es der FRG noch nicht gelungen ist, die notwendigen 75 Stimmen für Marlys Barrientos zusammen zu bringen und sie noch etwas Zeit braucht, unter den Abgeordneten anderer Parteien die entsprechenden ‚Überzeugungsarbeit‘ zu leisten.

Die Ernennung des Nationalen Generalprokuristen (PGN) hingegen oblag allein dem Präsidenten. Dieser entschied sich für den Anwalt und FRG-Abgeordneten Luis Rosales als Nachfolger für Carlos García Regas. Die Aufgabe des Generalprokuristen ist die Beratung der staatlichen Institutionen und Organe und das Vertreten der Regierungsinteressen gegenüber diesen.

Die Wahl Rosales wird von Menschenrechtsaktivist Miguel Angel Sandoval als „Irrtum“ eingestuft. Rosales ist einer der Hauptverdächtigen im Fall der Fälschung des Alkoholgesetzes (Guarogate), der zwar zu den Akten gelegt wurde, doch möglicherweise wieder aufgenommen wird, da einer Klage gegen den zuständigen Richter stattgegeben wurde. In diesem Fall hätte man einen strafrechtlich verfolgten Generalprokuristen, was nicht gerade vertrauensverweckend wirkt.

Laut Oppositionspolitikerin Arabela de León steckt hinter der Ernennung

Rosales nicht so sehr Präsident Portillo als vielmehr Kongresspräsident Ríos Montt, dessen Machtposition damit eine Stärkung erhält.

Zum Nachfolger des bisherigen Generalstaatsanwaltes Adolfo González Rodas ernannte Portillo den Anwalt Carlos David De León Argueta, der sein Amt bereits am 17. Mai übernahm. De León Argueta tritt ein schwieriges Erbe an, gehören doch zu den offenen Fällen der Staatsanwaltschaft die Unterschlagung von 90 Mio. Quetzales im Innenministerium und andere Korruptionsfälle, der Prozess gegen Vizepräsident Reyes López wegen Verleumdung des Unternehmers Jorge Briz (*Caso Tipografía Nacional*), die Panama-Connexion und – nicht zuletzt – der nach wie vor nicht bis ins Detail geklärte Fall Gerardi. Noch während seiner Kandidatur versprach De León Argueta an, diese ‚schwierigen‘ Fälle innerhalb von 90 Tagen zu untersuchen und versprach, die Namen derjenigen Funktionäre zu veröffentlichen, die Druck auf die Staatsanwaltschaft ausüben.

Die Gruppe *Pro Justicia* kündete an, eine soziale Kontrolle über die von der Bevölkerung als „Tempel der Straffreiheit“ bezeichnete Staatsanwaltschaft auszuüben. Eleonora Muralles, Mitglied von *Pro Justicia*, sagte gegenüber der Presse, sie würden vom ersten Tag an De León Arguetas Schalten und Walten kontrollieren und ihn gegebenenfalls an seine Versprechen erinnern.

Die Ernennung eines Nachfolgers für den leitenden Rechnungsprüfer, Marco Tulio Abadío, steht noch aus.

## Repression gegen Überlebende des Rio Negro-Massakers

**Guatemala, 16. Mai.** Die US-amerikanischen Solidaritäts- bzw. Menschenrechtsorganisationen *NISGUA* und *Right Action* erklärten den 14. Mai zum Aktionstag für die Opfer und Hinterbliebenen der Rio Negro-Massaker rund um den Bau des Chixoy-Staudamms. Sie fordern von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank, die den Bau des Chixoy-Damms mitfinanzierten, Gerechtigkeit und Entschädigung für die Überlebenden.

Vor 20 Jahren, am 14. Mai 1982, drangen Militär und Zivilpatrouillen in das Dorf *Los Encuentros* ein, in das viele Menschen geflüchtet waren, die bereits zwei vorherige Massaker überlebt hatten und brachten über 440 Personen um.

Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank haben jeg-

liche Verantwortung abgelehnt, obwohl die von den USA mitfinanzierte Wahrheitskommission (CEH) nachgewiesen hat, dass der Bau des Staudamms mit ein Grund für die Massaker war.

Überlebende der Rio Negro-Gemeinden verlangen Gerechtigkeit und haben sich der von der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisation CALDH angestrebten Klage gegen Ríos Montt und Lucas García angeschlossen. *NISGUA* und *Right Action* riefen dazu auf, am 14. Mai die beiden Institutionen mit Telefonanrufen und Fax-Briefen zu überschwemmen und Druck auszuüben, damit diese ihre Verantwortung anerkennen und wahrnehmen.

Jesu Tecu Osorio und Carlos Chen Osorio, zwei Überlebende der Rio Negro-Massaker, die heute in der *Vereini-*

*gung für die integrale Entwicklung der Gewaltopfer in Baja Verapaz* „*Maya Achi*“ (ADIVIMA) arbeiten und als Zeugen in den Prozessen gegen Ríos Montt und Lucas García aussagen werden, erhalten seit längerem Todesdrohungen. ADIVIMA hat 19 Exhumierungen von geheimen Gräbern in und um Rabinal durchgeführt und die Überreste von insgesamt 706 Personen ausgegraben. Die Organisation geht davon aus, dass mindestens 61 weitere Gräber in der Region existieren.

MitarbeiterInnen von ADIVIMA erhalten seit der Gründung der Organisation im Jahre 1994 Todesdrohungen. Diese haben aber seit Februar dieses Jahres zugenommen, als ADIVIMA die definitive Schliessung der Militärstation in Rabinal forderte.

## Justizwesen ohne Geld

**Guatemala, 16. Mai.** "Bewilligt der Kongress keine Budgeterhöhung für das Justizwesen, beginnt es im Juni zu kollabieren", gab der Präsident des *Obersten Gerichtshofs* (CSJ), Carlos Alfonso Alvarez Lobos, bekannt. Konsequenz eines solchen Kollapses wäre die Einstellung von Lohnzahlungen an Angestellte und die Schliessung von Gerichten. Laut Finanzplan sollte das Justizwesen monatlich 34 Mio. Quetzales zur Verfügung haben, im Monat Mai wurden aber beispielsweise nur 19 Mio. ausbezahlt. Insgesamt verfügt der Justizapparat dieses Jahr über 391 Mio. Quetzales, 100 Mio. weniger als im Vorjahr. Zusätzlich mit selber erwirtschafteten Einnahmen ergibt sich ein Gesamtbudget von 822 Mio. Quetzales (ca. 100 Mio. US-\$).

Alvarez Lobos bezieht sich mit seiner Forderung nach mehr Regierungsgeldern sowohl auf die Friedensabkommen wie auf das Versprechen der Regierung gegenüber der Kon-

sultivgruppe, das Justizwesen zu stärken. Da mit dem vom Staat überwiesenen Geld in erster Linie die Gehälter bezahlt werden, überlegt man sich nun, die Kosten gewisser administrativer Dienstleistungen zu erhöhen, um damit das Loch in den Kassen des Justizwesens etwas zu stopfen.

Die PAN reagierte sofort auf diese Nachricht und reichte am 16. Mai mit ‚nationaler Dringlichkeit‘ den Vorschlag ein, das Budget des Justizapparates umgehend zu erhöhen. Obwohl von allen Oppositionsparteien unterstützt, wurde der Vorschlag im Kongress nicht einmal diskutiert. Der FRG-Abgeordnete Mario Rivera erklärte bereits eine Woche zuvor, dass kein Geld vorhanden sei, um dem Justizwesen finanziell unter die Arme zu greifen. Die Gerichte seien mitschuldig, dass die Staatskassen leer seien, schliesslich hätten sie verschiedentlich Entscheide zu Gunsten von UnternehmerInnen gefällt, die einen Prozess

wegen Steuerhinterziehung gehabt hatten.

KennerInnen des Themas haben aber eine andere Einschätzung über die Gründe der Weigerung der FRG, das Budget des Justizapparates zu erhöhen. Sie sehen darin vielmehr eine politische Revanche, weil nun doch noch die Möglichkeit besteht, dass die in die Fälschung des Alkoholgesetzes involvierten FRG-Abgeordneten zur Rechenschaft gezogen werden. Sie befürchten auch, dass durch die Schliessung von Gerichten im Landesinnern bzw. die Erhöhung der Kosten für juristische Dienstleistungen in erster Linie die indigene Bevölkerung benachteiligt würde, und dass als erstes Jugend-, Familien- und Arbeitsgerichte geschlossen würden.

Auch Alvarez Lobos verteidigte die Autonomie der Gerichte und meinte: "Gerechtigkeit kann nicht erkaufte werden. Lieber ein armes und kleines Justizsystem als ein abhängiges".

## Kinder, Kinder...

**Guatemala, 14.Mai.** Bereits bei den Demonstrationen zum 1.Mai wurde besonderes Augenmerk auf die Situation der Kinder in Guatemala gelegt, von denen mehr als 800 Tausend, also 33% arbeiten müssen, um zum Unterhalt der Familie beizutragen, wobei ihnen noch nicht einmal die Hälfte des legalen Minimalgehaltes zugestanden wird. Anstatt zur Schule zu gehen, verbringen viele Minderjährige ihren Alltag oft unter unwürdigen und riskanten Bedingungen mit Arbeiten im Haushalt, in der Landwirtschaft, sowie im formellen und informellen Sektor der Wirtschaft. Der Staat, nicht das erste Mal dazu aufgefordert, solle endlich seine Verantwortung erkennen und entsprechende Massnahmen einführen. Eine solche bestünde unter anderem in der Wahrung und Durchsetzung der Rechte der Jungen und Mädchen hinsichtlich der Bildung und Erziehung, was letztendlich auch dem Staate wieder zugute käme, so Bruce Harris von *Casa Alianza*.

Wenige Tage vor der Eröffnung des Sondergipfels der UNO zum Thema "Kinder" trafen sich an die 350 Kinder und Jugendliche aus aller Welt, um im Beisein des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan, dem legendären Antipartheitskämpfer und Ex-Präsidenten Südafrikas Nelson Mandela, und Graca Machel, Autorin und UNO-

Spezialistin zum Thema, ihre Interessen zu artikulieren und, so Annans Versprechen, von den Erwachsenen gehört zu werden. Bei der Eröffnung des anschliessenden UNO-Treffens in New York bedauerte der Generalsekretär das Scheitern der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die Erfüllung der vor 12 Jahren gemeinsam gefassten Ziele zur Reduzierung des Leids der Kinder. Gehöre doch, ohne Armut und Hunger aufzuwachsen, ohne Kriege, Missbrauch und Ausbeutung leben zu können zu den Grundrechten (auch) der Heranwachsenden. Ebenso das Thema Gesundheit und vor Krankheiten wie AIDS geschützt zu werden sollte jenen gewährleistet sein. Annan unterstrich, dass diese UNO-Konferenz nicht nur die Kinder betreffe, sondern der Zukunft der gesamten Menschheit gewidmet sei.

Doch die Ergebnisse der öffentlichen Debatten und Beschlüsse entbehren aufgrund manches Dissenz' einiger wesentlicher Schlüsselmomente, die die Erfüllung dieses Anspruchs erkennbar machen würden. So scheiterten am Veto der USA und einiger islamischer Staaten Abkommen über die grundsätzliche Abschaffung der Todesstrafe für Minderjährige, und auch das Thema "Gewährleistung der reproduktiven Gesund-

heit" blieb aussen vor, da dies nach Meinung der US-amerikanischen Delegierten auch die Befürwortung der Abtreibung beinhalte. Nach G.W.Bush ist die sexuelle "Enthaltsamkeit die einzige sichere Form, um übertragbare Geschlechtskrankheiten, "frühreife" Schwangerschaften, sowie die sozialen und persönlichen Probleme zu vermeiden, die die nichtehelichen sexuellen Aktivitäten begleiten." Währenddessen weise Guatemala Fortschritte hinsichtlich eines Grossteils der 1990 gesetzten Ziele vor, so ein Regierungssprecher. In den Bereichen Gesundheit und Erziehung sei einiges passiert, was aber längst nicht ausreichend und zufriedenstellend sei. Anlässlich des UNO-Treffens zeigte Guatemala wenigstens ansatzweise seinen guten Willen: Mit der Zustimmung zur Konvention über die Eliminierung jeglicher Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen, dem Fakultativen Protokoll der Konvention über die Menschenrechte der Kinder in Bezug auf Kinderhandel, infantile Prostitution und Pornographie, sowie dem Fakultativen Protokoll der Konvention über die Rechte der Kinder bezüglich bewaffneter Konflikte, die alle drei im Vorhinein im Kongress beschlossen worden waren, wurden alle Formalitäten für den entsprechenden Beitritt Guatemalas erfüllt.